Gegründet 1877 — Gegründet 1877

Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen"

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Bezugspr.: Monatl. b. Post ℳ 1.20 einschl. 18 ₰ Beförd.-Geb., zuz. 36 ₰ Zustellungsgeb.; d. Ag. ℳ 1.40 einschl. 20 ₰ Austrägergeb.; Einzeln. 10 ₰. Bei Nichterscheinen der Zeit. ins. höh. Gewalt od. Betriebsstör. besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitg. / Telegr.: „Tannenbl." / Tel. 321.

Anzeigenpreis: Die 1spalt. Millimeterzeile oder deren Raum 5 ₰, Reklame 15 ₰. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold.

Nummer 66 | Altensteig, Dienstag, den 19. März 1935 | 58. Jahrgang

Eine englische Note in Berlin überreicht

Simon kommt am Sonntag, den 24. März nach Berlin

Ausarbeitung einer Note an Deutschland

London, 18. März. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt: Während des Sonntags hat Simon den Entwurf einer Note ausgearbeitet, die der britische Botschafter in Berlin, Sir Eric Phipps, der deutschen Regierung unterbreiten soll. Der Entwurf wurde am Montag vom Kabinett besprochen.

London, Paris und Rom sind in ständigem Meinungsaustausch miteinander und mit ihren Botschaftern in Berlin. Die französische Regierung hat angeregt, daß der Berliner Besuch aufgeschoben werden sollte. Sie ist der Meinung, daß die veränderte Lage eine neue Erwägung durch die französische, britische und italienische Regierung erforderlich macht. Die neueste Entwicklung verleiht den kommenden Besuchen Edens in Moskau und Warschau noch größere Wichtigkeit als bisher. Diese Besuche werden ohne Rücksicht auf eine etwaige Aenderung in dem Berliner Programm abgestattet werden.

Zwischen Großbritannien und Frankreich herrscht volle Einigkeit, daß die deutschen Ziffern sich auf einem Niveau halten, das niemals angenommen werden könnte. Anstelle der Forderung nach „Gleichberechtigung" und später nach „Gleichheit" ist das Verlangen nach Recht auf Ueberlegenheit getreten. Frankreich könnte nicht einmal Gleichheit auf Grund der deutschen Ziffern erreichen. Großbritannien hat niemals eine deutsche Armee ins Auge gefaßt, deren Stärke 300 000 Mann übersteigt.

•

London, 18. März. Der Oppositionsführer Lansbury fragte am Montag nachmittag im Unterhaus den Außenminister, ob er im Hinblick auf die von der deutschen Regierung angekündigte Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland und auf die Erhöhung der Friedensstärke der deutschen Armee auf 36 Divisionen eine Erklärung über die von der britischen Regierung beabsichtigten Schritte abgeben könne.

Außenminister Sir John Simon bejahte die Frage und fuhr fort: **Die englische Regierung ist bereits mit der französischen und der italienischen Regierung in dieser Angelegenheit in Verbindung getreten und hat den britischen Botschafter in Berlin beauftragt, der deutschen Regierung eine Note zu überreichen, die, wie ich höre, heute nachmittag übergeben werden wird. Ich kann naturgemäß diese Mitteilung nicht bekanntgeben, solange sie noch nicht im Besitz des deutschen Außenministers ist. Aber es sind Vorkehrungen getroffen, daß die Note im Abstimmungsbüro des Unterhauses verfügbar sein wird, sobald ich von Sir Eric Phipps gehört habe, daß die Mitteilung erfolgt ist.**

Hierauf fragte Lansbury, ob geplant sei, die Lage mit der Regierung der Vereinigten Staaten und anderen Unterzeichnern des Friedensvertrages zu erörtern, oder ob eine Sitzung der Völkerbundsversammlung in Aussicht genommen sei. Simon erwiderte: Ich kann Lansbury versichern, daß diese beiden Elemente zur Zeit erwogen werden.

•

Die britische Note in Berlin überreicht

Berlin, 18. März. Der englische Botschafter Sir Eric Phipps hat am Montag nachmittag den Reichsminister des Auswärtigen aufgesucht und ihm **die Note überreicht, in der die Einwendungen der englischen Regierung gegenüber dem Reichsgesetz über den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März enthalten sind.**

An Schluß dieser Note ist die Frage wiederholt, ob die Reichsregierung bereit sei, anläßlich des Besuches von Sir John Simon in Berlin die im Londoner Communiqué vom 3. Februar enthaltenen Punkte zu erörtern. Der Reichsminister hat diese Anfrage in bejahendem Sinne beantwortet.

•

Abreise Sir John Simons und Edens nach Berlin

am nächsten Sonntag

London, 18. März. Reutermeldet: Die deutsche Regierung hat eine günstige Antwort auf die britische Note gesandt und Außenminister Sir John Simon und Lordsiegelbewahrer Eden werden am nächsten Sonntag nach Berlin abreisen.

•

Kurze Erklärung Simons im Unterhaus

London, 18. März. Außenminister Sir John Simon ergriff Montagabend während der Aussprache über die englischen Armeevoranschläge im Unterhaus das Wort. Er erklärte: „Im letzten Absatz der englischen Note an Deutschland wurde eine Anfrage an die deutsche Regierung gestellt, und zwar heißt es da, die britische Regierung fühlt sich veranlaßt, die deutsche Regierung auf die in der Note vorgetragenen Erwägungen hinzuweisen. Sie wünsche Gewißheit darüber, ob die deutsche Regierung immer noch wünsche, daß der Besuch in dem vorher vereinbarten Umfang und für die vorher vereinbarten Zwecke stattfinde." Ich habe nunmehr, so erklärte Simon weiter, einen Bericht von dem britischen Botschafter in Berlin erhalten, in dessen hauptsächlichen Inhalt ich dem Unterhause mitteilen möchte. Er berichtet mir, daß die Note nach der Ueberreichung vom Reichsaußenminister v. Neurath geprüft wurde. Als Ergebnis ist dem britischen Botschafter mitgeteilt worden, daß die deutsche Regierung immer noch wünscht, daß der Besuch stattfindet. (Beifall). Sie stimmt auch zu, daß die Besprechungen innerhalb des früher vereinbarten Umfanges und für die früher vereinbarten Zwecke abgehalten werden. Das Haus wird sehen, daß die Punkte, die wir nach unserer Ansicht vorbringen mußten, von der deutschen Regierung zur Erörterung angenommen werden.

Der Oppositionsführer Lansbury beantragte hierauf, daß eine Unterhausaussprache über die englische Note und die Ereignisse, die dazu geführt haben, stattfinde, bevor Simon nach Berlin abreist. Diese Aussprache dürfe in keiner Weise eingeschränkt sein, sondern den größtmöglichen Umfang haben. Die Opposition bestehe darauf, daß Erklärungen abgegeben werden. Weder die Presse noch der Rundfunk hätten seiner Ansicht nach eine amtliche Erklärung politischen Inhaltes bekannt machen dürfen, bevor eine solche im Unterhaus abgegeben worden sei. (Allgemeiner Beifall).

Der Führer der Oppositionsliberalen Sir Herbert Samuel erklärte, daß die Mitteilung von Sir John Simon mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen werde.

Die Aussprache über die Armeevoranschläge wurde hierauf fortgesetzt.

•

Der englische Schritt in Berlin

Berlin, 18. März. Zu der Lage nach der Verkündung des Gesetzes über den Aufbau der Wehrmacht und nach dem englischen Schritt in Berlin schreibt die deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz u. a.: Deutschland lehnt nicht Verhandlungen über die internationale Rüstungsregelung ab, es wünscht sie nach wie vor und will ihren Erfolg. **Was es aber ablehnt, ist noch zu verhandeln über ein Spezialregime für Deutschland oder gar über jenes Minimum an Sicherheit, das jeder souveräne Staat und erst recht jede Großmacht für sich in Anspruch nimmt.** Irgend eine Kritik an Art und Zeitpunkt des deutschen Schrittes zum Wiederaufbau der Wehrmacht ist daher abwegig. Die Grundlagen, auf denen im Sinne des englisch-französischen Communiqués vom 3. 2. verhandelt werden soll, sind durch die deutschen Maßnahmen nicht umgestoßen sondern geklärt worden. Die Stillklausel **„keine einseitige Aenderung bestehender Entwaffnungsverpflichtungen"** konnte wohl niemand in der Welt die Bedeutung beimessen, daß die immerhin an ihr Abrüstungsversprechen gebundenen Staaten die Zwischenzeit zu einer massiven Rüstungserhöhung benutzen dürften. **Sie konnten in keiner Weise glauben, tun und lassen zu können, was sie wollten, und gleichzeitig in der Auffassung leben, daß folgerichtige Reaktionen auf deutscher Seite auch weiterhin ausbleiben würden.**

Die vor der Tür stehenden Verhandlungen, die der englische Außenminister in Berlin mit der deutschen Regierung führen wird, werden Gelegenheit geben, über die Frage einer internationalen Regelung der Rüstungen wie auch über die anderen im Londoner Communiqué enthaltenen Fragen zu sprechen. Es ist ein positives Ergebnis des heutigen Besuches des englischen Botschafters beim Reichsaußenminister, daß die in den letzten 48 Stunden von interessierter Seite künstlich erzeugte Ungewißheit über den Termin der anberaumten deutsch-englischen Besprechungen beseitigt worden ist.

Klarheit und Logik / von Reichsminister Dr. Göbbels

Die deutsche Oeffentlichkeit verzeichnet mit einigem Erstaunen die Reaktion, die die Bekanntgabe des Gesetzes zum Wiederaufbau der Wehrmacht in den zuständigen Kreisen der europäischen Hauptstädte hervorgerufen hat. Sie glaubte vermuten zu dürfen, daß die Welt mit sichtlicher Erleichterung und einem Gefühl innerer Befriedigung diese Tatsache zur Kenntnis genommen hätte. Denn die offene und rückhaltlose Darlegung der deutschen Absichten stellt in Wahrheit ein Element der Beruhigung dar, das für die logische und fruchtbare Betrachtung der europäischen Situation erfreulich, wenn nicht geradezu unentbehrlich ist. Das Geheimnis, das die deutsche Wehrfrage in den vergangenen Monaten und Jahren umgab, war gerade von offiziellen und nichtamtlichen Stellen des Auslandes oft und lebhaft beklagt worden, vor allem im Hinblick darauf, daß ohne uneingeschränkte Kenntnis der Absichten Deutschlands eine Konsolidierung des Friedens, wie man sagte, ausgeschlossen erschien. Mehr als einmal ist deshalb von diesen Stellen dem Wunsche Ausdruck gegeben worden, Deutschland möge der Geheimniskrämerei ein Ende machen und klipp und klar dartun, wohin es steuere, was es wolle und welche Pläne es verfolge.

Die Erfüllung dieses Wunsches war um so dringender geboten, als die meisten ausländischen Zeitungen zum Teil maßgebenden Charakters sich in vagen und phantastischen Schätzungen ergingen, die in den tatsächlichen Verhältnissen keine Begründung fanden, darüber hinaus aber nur geeignet erschienen, die Völker in eine höchst gefährliche kriegerische Psychose zu versetzen. Kein anderes Gebiet gilt so wenig wie gerade das militärpolitische als geeignet, übertriebenen und ausschweifenden Mutmaßungen Raum zu geben. Was hier not tut, ist Klarheit; denn nur aus der Klarheit läßt sich jene realistische Logik entwickeln, die allein die innere Kraft besitzt, eine verworrene Situation aufzuhellen und aus ihr die entsprechenden Elemente der Sicherheit und politischen Stabilität zu kristallisieren.

Wie sehr die Welt das Bedürfnis verspürte, über den deutschen Rüstungsbestand Klarheit zu erhalten, mag man aus der Tatsache ersehen, daß sie sich selbst mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jene Unterlagen zu verschaffen versuchte, die ihr von Deutschland vorenthalten wurden. Die historische Tat des Führers am vergangenen Samstag hat diesem auf vage Vermutungen angewiesenen Verfahren ein Ende gemacht. Die Welt weiß nun, woran sie ist. Das soll nicht heißen, als habe sie das vorher nicht gewußt. Sie hat durch die Proklamation und das Gesetz über den Aufbau der Wehrmacht nun unumstößliche Sicherheit erhalten über das, was ihr bereits zur Kenntnis gekommen war, und von dessen Kenntnis sie auch in ihren amtlichen und nichtamtlichen Verlautbarungen keinen Hehl machte.

In der englischen Unterhaus-Debatte vom 29. November 1934 erklärte Winston Churchill: Welches ist nun das große neue Ereignis, das während der letzten 18 Monate über uns hereingebrochen ist. Deutschland rüstet wieder auf!... Nachdem was wir hören, was uns erzählt wird und was aus allen möglichen Quellen zu uns dringt — obgleich darüber in der Oeffentlichkeit wenig gesprochen wird — besitzt Deutschland schon ein mächtiges, wohlgerüstetes Heer mit ausgezeichneter Artillerie und ungeheuren Reserven an ausgebildeten Mannschaften. Die deutschen Waffenfabriken arbeiten praktisch kriegsmäßig, das Kriegsmaterial aus ihnen — bestimmt seit den letzten zwölf Monaten — in immer größerem Umfange. Es wird hier also bereits am 28. November 1934 in der Rede eines englischen Politikers ein deutscher Wiederaufrüstungsstand vorweg genommen in einem Umfange, wie er selbst durch das Gesetz vom 16. März nicht begründet ist. Auch die Folgerung, die Churchill aus dieser Tatsache zieht, kann von Deutschland gutgeheißen werden: „Auch hier besteht kein Grund zu der Annahme, daß Deutschland uns angreifen wird." Und schon am 29. November 1934 erklärte Churchill in eben derselben Rede, daß die Zeit gekommen sei, „da das Geheimnis, das die deutsche Wiederaufrüstung umgibt, gelüftet werden muß".

Die Antwort, die Baldwin im Namen der englischen Regierung auf Churchills Rede gibt, ist ebenso bezeichnend. Er erklärt hier: „Eine der Ursachen der heutigen Malaise in Europa ist, wie ich beweisen werde, nicht nur die Furcht, sondern die Unkenntnis außerhalb und Geheimhaltung innerhalb Deutschlands." Kann man es der deutschen Regierung verdenken, wenn sie vier Monate später mit einer offenen Darstellung die Ursachen dieser Malaise beseitigt und Furcht und Unkenntnis ein Ende bereitet! Baldwin erklärt dort weiter: „Ich bin der Ueberzeugung, und ich spreche hier mit einem Gefühl der Verantwortung, wenn ich von dem Zustande der Furcht rede, der in ganz Europa herrscht, nicht nur der Art, wie ich ihr Ausdruck gab, sondern Furcht vor einem unbekannten Terror, die in der Hauptsache auf der Unkenntnis dessen beruht, was in Deutschland vorgeht."

Die Proklamation des Führers an das deutsche Volk und an die Weltöffentlichkeit vom vergangenen Samstag erklärt ausdrücklich, daß die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland keinerlei kriegerische Absichten in sich schließe, im Gegenteil nur der Erhaltung des Friedens dienen solle. Der Furcht vor einem hereinbrechenden unbekannten Terror ist also durch Beseitigung der Unkenntnis über die deutschen Absichten ein Ende gemacht.

Am 8. März 1935 berichtet der „Matin" über eine Unterredung mit dem Marschall Pétain. Der Marschall erklärte dabei: „Die Verlängerung der Militärdienstzeit ist unbedingt erforderlich und dringend, denn es handelt sich nicht um eine theoretische, sondern um eine praktische Frage in Anbetracht der intensiven Wiederaufrüstung Deutschlands und der Gefahr eines überraschenden Angriffs. Wie sollen wir die Nichtverletzung unserer Grenzen sichern. Das benachbarte Heer besteht aus 600 000 Mann, die sofort verfügbar sind."

In seiner Rede zur Eröffnung der Lyoner Messe vom

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

10. März erklärt der französische Ministerpräsident Flandin: „Die Aufrüstung Deutschlands, gegenüber der die Unterzeichner des Versailler Vertrages machtlos gewesen seien, zu verhindern, habe für Frankreich den Eintritt in die rekrutenmageren Jahre viel gefährlicher gestaltet." In seiner großen Kammer-Rede vom 15. März zur Wiedereinführung der zweijährigen Dienstzeit erklärt der französische Ministerpräsident: „Nach den allen bekannten Plänen wird Deutschland im Jahre 1936 mindestens über 600 000 Mann verfügen." Ja, diese angebliche Tatsache wurde von der französischen Regierung ausdrücklich als Grund und Ursache für die Wiedereinführung der zweijährigen Dienstzeit in Frankreich ins Feld geführt. Muß es da in Deutschland nicht Verwunderung erregen, wenn die Weltöffentlichkeit nun mit einem Male unter Außerachtlassung dieser dokumentarisch festliegenden Tatsachen Erstaunen und Entrüstung spielt angesichts der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland, die nur einen Teil dessen im Ziele führt, was hier von amtlichen Stellen schon als feststehend in der innerpolitischen Diskussion der betreffenden Länder vorgebracht wird? Wäre es nicht mutiger, konsequenter und auch logischer, würde es nicht dem Realismus einer neuen Tatsachenbetrachtung mehr entsprechen, wenn man sich dort überall auf jenen Standpunkt stellte, den der englische Publizist J. L. Garvin in seinem Aufsatz vom 3. März 1935 im „Observer" einnimmt, wenn er schreibt: „Hinsichtlich der Aufrüstung oder Abrüstung muß Deutschlands absolute Gleichberechtigung unter den Großmächten als eine moralische Voraussetzung ein für allemal anerkannt werden. Sie muß so uneingeschränkt anerkannt werden, als hätte es nie einen Weltkrieg und nie einen Frieden von Versailles gegeben."

15 Jahre lang hat Deutschland darauf gewartet, daß die Unterzeichner des Versailler Vertrages die dort übernommene Verpflichtung auf Abrüstung entsprechend dem deutschen Beispiel einlösten. Statt dessen hat die Welt aufgerüstet und sich ansonst nur mit theoretischen und platonischen Debatten beschäftigt. Oft genug hat der Führer öffentlich erklärt, daß er bereit sei, das letzte Maschinengewehr zu verschrotten, wenn die Welt ein Gleiches tue. Seine Erklärungen sind immer unbeantwortet geblieben. Deutschland mußte einmal aus dieser Situation die Konsequenzen ziehen vor allem im Hinblick darauf, daß nun die anderen Länder eine Verstärkung ihrer Heeresbestände vornahmen unter Zugrundelegung eines unkontrollierten Materials, das sich größtenteils auf phantastische Vermutungen begründet. Ein ungerüstetes Land ist inmitten einer hochgerüsteten Welt eine stete Aufforderung zum Krieg. Nicht das bewaffnete, sondern das unbewaffnete Deutschland hat Europa beunruhigt. Durch die Wiedereinführung der Wehrpflicht wurde jene Balance wieder hergestellt, die notwendig ist, um zu fruchtbaren Diskussionen über die großen ungelösten Probleme der Weltpolitik zu kommen. Deutschland will am Frieden mitarbeiten; es hat ihn so nötig wie alle anderen Völker. Die Welt tut gut daran, nun an die lohnendere Aufgabe zu gehen, aus der geschaffenen Situation jene Elemente zu entwickeln, die wirklich zu einer dauerhaften Beruhigung führen können. Alle Völker sind von einer tiefen Sehnsucht darnach erfüllt. Niemand in Europa, der auch nur eine Spur von Verantwortungsgefühl in sich trägt, glaubt daran, daß die Schäden eines Krieges, die durch 17jährige Friedensarbeit nicht zu beseitigen waren, durch einen neuen Krieg beseitigt werden könnten.

In dieser Situation, die alle Möglichkeiten zu einer wahrhaften Verständigung aller Völker bietet, ist Klarheit und Logik nötig. Nichts wäre gefährlicher als ein neues Gebäude von Illusionen und Wunschträumen aufzurichten. Je mehr wir verantwortliche Vernunft und gesunden Menschenverstand obwalten lassen, um so durchgreifender wird die glückliche Wendung sein, in der Europa sich neu gestaltet. Diese oft beklagte Geheimnistuerei ist nun zu Ende, die Atmosphäre gereinigt. Deutschland will als gleichberechtigte Nation der Welt entgegentreten mit der ernsten Bereitschaft, am Frieden Europas und an der Versöhnung der Völker nach besten Kräften mitzuarbeiten.

Mit tiefer Dankbarkeit hat das deutsche Volk von dem großen und mutigen Entschluß des Führers Kenntnis genommen. Nicht Kriegsbegeisterung und Revanche-Lieder waren seine Antwort darauf; voll Stolz und Würde fühlt es sich wieder ruhend in der Sicherheit seiner eigenen Kraft, denn sein Schicksal liegt wohlbehütet in Adolf Hitlers Hand.

•

Sowohl in dem Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk, als auch in obigem Artikel des Reichsministers Dr. Göbbels wird mit erfreulicher Offenheit und Klarheit, mit aller Aufrichtigkeit und Sachlichkeit dargelegt, was Deutschland tut und dieses Tun wird auch ganz einwandfrei begründet. Deutschland hat in Erfüllung des Friedensvertrages total abgerüstet und sollte den Anfang zu einer allgemeinen Abrüstung machen. Die ehemaligen Feindstaaten aber, die angeblich damit die allgemeine Abrüstung einleiten wollten, haben fortgesetzt weiter gerüstet, besonders Frankreich in ganz fabelhafter Weise. Fortgesetzt hat man Deutschland hingehalten, im Völkerbund über Abrüstung geredet, aber immer weiter gerüstet. Dieser offene Betrug Deutschland gegenüber zwang Deutschland, Vorbereitungen zur Schaffung einer Wehrmacht zu treffen und es hat nun offiziell und mit aller Deutlichkeit der übrigen Welt mitgeteilt, daß es in Anbetracht dieser Aufrüstungen gezwungen ist, sich eine Verteidigungswaffe zu schaffen und in welcher Stärke dies geschehen wird. Es ist eine pure Heuchelei, sich nun im Ausland zu gebärden, als ob man sich darüber wundere. Die ehemaligen Feindstaaten haben durch die Unterdrückung und Entrechtung Deutschlands das deutsche Volk zu einem einigen Volk zusammengeschweißt und sie haben durch ihre fortgesetzte Aufrüstung und durch ihre Verletzung des Friedensvertrags Deutschland gezwungen, sich ein Verteidigungsmittel zu schaffen. Auf die Dauer läßt sich das gutmütigste Volk nicht an der Nase herumführen. Es muß sich Achtung in der Welt verschaffen und es kann nicht so weitergehen, daß man, wie im Memelgebiet, das Recht der Deutschen mit Füßen tritt und daß der Völkerbund tatenlos zusieht. Deutschland kann sich das auf die Dauer nicht gefallen lassen, es ist auch wehrpolitisch erwacht und wird sich die nötige Achtung in der Welt wieder zu verschaffen wissen. Jahrelang hat es auf die Gleichberechtigung vergeblich gewartet und es war schließlich gezwungen, sich dieses Recht selbst zu nehmen.

Führer-Unterredung

über die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit

München, 18. März. Der Führer und Reichskanzler beantwortete nach seiner Ankunft in München dem bekannten englischen Journalisten der Rothermere-Presse, Ward Price, einige Fragen.

Auf die Frage, ob Deutschland auch in Zukunft genau so bereit sei mit England und Frankreich zu verhandeln, wie es dies in seiner Note vom 15. Februar zum Ausdruck gebracht hat, antwortete der Kanzler: „Die Herstellung der deutschen Wehrhoheit ist ein Akt der Wiederherstellung der verletzten Souveränität eines großen Staates. Anzunehmen, daß ein souverän gewordener Staat weniger geneigt sei zu einer Verhandlung wie ein nichtsouveräner, würde absurd sein. Gerade weil wir ein souveräner Staat sind, sind wir auch bereit, mit anderen Staaten zu verhandeln."

2. Ward Price fragte dann den Kanzler, ob nach wie vor Deutschland sich an die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages gebunden hielte, worauf der Kanzler erwiderte: Durch den Akt der Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit ist der Versailler Vertrag nur in jenen Punkten berührt, die durch die Verweigerung der analogen Abrüstungsverpflichtung der anderen Staaten tatsächlich ohnehin schon längst ihre Rechtskraft verloren haben. Die deutsche Regierung ist sich klar darüber, daß man eine Revision territorialer Bestimmungen internationaler Verträge nie durch einseitige Maßnahmen hervorrufen kann.

3. Zum Schluß fragte Ward Price den Führer, welchen Eindruck die Proklamation auf das deutsche Volk gemacht hätte. Des Führers Antwort war: „Sie haben ja, Ward Price, im übrigen die Stimmung des deutschen Volkes in Berlin gesehen, und sahen sie nun im Süden des Reiches, in München. Sie ist in keinem Ort in Deutschland anders. Dies mag Ihnen aber etwas zeigen: Das deutsche Volk empfindet den Akt der deutschen Regierung von gestern überhaupt nicht so sehr als einen militärischen, als vielmehr einen moralischen. Es hat 15 Jahre lang gelitten unter Bestimmungen, in denen es ein selbstverständliches Eigenrecht jedes Volkes verletzt sah. Hätte die Welt eine internationale Abrüstung durchgeführt, das deutsche Volk wäre mehr als zufrieden gewesen. Daß die übrige Welt rüstet und Deutschland jedes Selbstverteidigungsmittel bestreitet, wurde als ungeheuerliche und entwürdigende Vergewaltigung empfunden. Daß diese wehrlose Stellung aber außerdem noch zu einer ununterbrochenen Folge von Demütigungen führte, läßt erst das stolze Glück begreifen, das die Nation nunmehr nach der Wiederherstellung ihrer Ehre empfindet. Wenn Sie einen dieser Millionen aber nun fragen würden, ob er denn nun an Frieden oder Krieg denke, dann würde er Sie vollkommen verständnislos ansehen. Denn alle diese jubelnden Menschen werden ja nicht bewegt von irgend einem Gefühl des Hasses gegen irgend eine andere Nation, sondern ausschließlich vom Gefühl des Glückes, daß das eigene Volk nun wieder frei geworden ist. Sie alle bewegt nur der eine Gedanke, daß sie sich nunmehr wieder, ohne sich schämen zu müssen, einem großen Volke zurechnen dürfen. Sie verstehen dies nicht und können dies nicht verstehen. Würden Sie aber ähnliches durchlebt haben, wie das deutsche Volk, dann würden Sie vielleicht die Empfindungen begreifen, die einen Menschen erfassen, wenn man anderthalb Jahrzehnte lang in einer ehrlosen Stellung lebt und der sich nun seine Ehre selbst zurückgegeben hat. Und deshalb ist es mir auch möglich, in derselben Proklamation, in der ich die nationale Wehrhoheit des Deutschen Reiches wiederherstelle, laut und deutlich für den Frieden zu plädieren und unsere Mitarbeit an der Sicherung des Friedens zur Verfügung zu stellen. Denn das deutsche Volk will keinen Krieg, sondern es will ausschließlich das gleiche Recht aller anderen. Das ist alles."

Aufgeregte französische Militärs und Politiker

Paris, 18. März. Die „Liberté" bringt kurze Erklärungen französischer Persönlichkeiten zur Einführung der Wehrpflicht in Deutschland zum Abdruck.

Der Vorsitzende des Heeresausschusses des Senates General Bourgeois, der wie Senator Lemery die französische Regierung am Mittwoch im Senat interpellieren wird, erklärte: England, Frankreich und Italien müssen gemeinsam die Mittel zur Wahrung des Friedens und zum Schutze gegen die von Marschall Pétain vorhergesehenen 100 deutschen Divisionen studieren.

General Niessel erklärte, die Einführung der Wehrpflicht sei die logische Folge des in Deutschland herrschenden Geisteszustandes. Jetzt seien „dem Ungeheuer Deutschland" die Zähne gewachsen. Es gibt nur noch eine Abwehr: ihm zu zeigen, daß unsere Hauer ebenso geschärft und ebenso fest sind wie die seinigen, um ihm auf diese Weise die Lust zu nehmen, sich ihrer zu bedienen.

Außerdem kommen in der „Liberté" und im „Intransigeant" zwei Heeresfachleute zu Wort. In der „Liberté" schreibt das Mitglied des Heeresausschusses der Kammer, Abg. Ferry: Das teuflische Wettrüsten fängt wieder an. Die freien und die friedlichen Völker seien gezwungen zu folgen, wenn sie sich nicht selbst zur Knechtschaft oder zum Tode verurteilen wollen. Ferry verlangt die endgültige Einführung der zweijährigen Dienstzeit in Frankreich durch Gesetz und die qualitative Hebung des französischen Heeres, denn auf diesem Gebiete könnte Frankreich nach seiner Ansicht Deutschland übertreffen.

Im „Intransigeant" schreibt der Vorsitzende des Heeresausschusses der Kammer Abg. Oberst Fabry, die Politik der vollendeten Tatsache heiße, in die militärische Sprache übersetzt, plötzlicher Angriff ohne Warnung und ohne Schonung. Frankreich müsse jetzt zunächst auf sich selbst zählen. Im übrigen erinnert er an das Zusammengehen Frankreichs, Englands und Italiens 1915 und fragt, ob diese Einigung im Falle eines Konfliktes noch vorhanden wäre.

Sie sind stets auf dem Laufenden

wenn Sie die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen" lesen, die in schneller und übersichtlicher Weise über alles Wissenswerte berichtet.

Die Kleine Entente und die Vorgänge in Deutschland

London, 18. März. Reuter meldet aus Bukarest, in rumänischen Kreisen werde erklärt, daß die Mitglieder der Kleinen Entente und der Balkanentente nicht erlauben könnten, daß auf die deutsche Aufrüstung eine Aufrüstung Ungarns und Bulgariens folge. Die deutschfreundlichen Kreise, in denen geglaubt werde, daß Rumäniens Rettung in einer Wiederherstellung der Vorkriegs-Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern liege, betrachteten anscheinend Deutschlands Beschluß als etwas sehr natürliches, was die ganze Welt erwartet habe.

Lloyd George zeigt Verständnis

London, 18. März. In einer Unterredung mit einem Vertreter von News Chronicle erklärte Lloyd George unter Bezugnahme auf die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland, man dürfe den Kopf nicht verlieren. Es bestehe kein Grund zur Panik. **Die Mitunterzeichner des Versailler Vertrages hätten kein moralisches Recht, die Teile des Vertrages durchzusetzen, die sie selbst in flagranter und herausfordernder Weise gebrochen haben.** Soweit Großbritannien in Betracht komme, habe die britische Regierung nicht das Recht, nach der Ausgabe des Weißbuches Klage darüber zu führen, daß Deutschland diesen Schritt vor den kommenden Besprechungen getan hat. „Wir stehen jetzt der Wirklichkeit gegenüber. Und wenn es uns ernst ist mit unserem Wunsch, den Frieden zu organisieren, und zu befestigen, dann sollten wir die letzten Entwicklungen einschließlich des Weißbuches, des Beschlusses Frankreichs, sein Heer zu verstärken und schließlich der Erklärung Hitlers als eine von der Vorsehung gewährte Gelegenheit betrachten, Ordnung in den ganzen Wirrwarr zu bringen."

•

Oesterreich und die Wehrpflicht

Wien, 18. März. Das christlich-soziale „Neuigkeitsweltblatt" untersucht in seinem heutigen Leitartikel die Rückwirkungen der Rückkehr Deutschlands zur allgemeinen Wehrpflicht auf Oesterreich und erklärt: Die Erfüllung der Forderung Oesterreichs nach der Wiedereinführung des allgemeinen Militärdienstes bedeutet nach dem Schritt Deutschlands kein Zugeständnis mehr, sondern nur noch eine Selbstverständlichkeit.

•

Ungarn und Bulgarien zur deutschen Wehrhoheit

Budapest, 18. März. Der Beschluß der Reichsregierung über die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit hat in der ungarischen Oeffentlichkeit einen Sturm der Begeisterung, Freude und Bewunderung ausgelöst. Der Schritt der Reichsregierung wird als ein historisches Ereignis von allergrößter Tragweite und Bedeutung empfunden. Das ungarische Volk, das wie das deutsche noch heute unter den Fesseln der Friedensverträge leidet, empfindet den Beschluß der Reichsregierung als den entscheidenden großen Schritt zur Befreiung von schmachvoller und lügnerischer Sklaverei. Der nationale „Uj Mrajasag" führt aus: „Mit tiefer Ergriffenheit muß jeder von dem Entschluß Hitlers Kenntnis nehmen, wir Ungarn, die wir in der gleichen Unterdrückung leben, verstehen diese Entschlossenheit Hitlers und hoffen im Interesse des europäischen Friedens, daß die jetzt unausweichliche Bereinigung der Friedensverträge kommen und die elementaren Rechte der bisher geknechteten Völker wiederhergestellt werden."

Sofia, 18. März. Die bulgarische Presse und Oeffentlichkeit steht im Zeichen des Entschlusses der Reichsregierung. Die Ueberschriften der Presse wie „Endgültiger Schluß mit den Militärklauseln von Versailles" und „Deutschland hat sich wieder den ihm zustehenden Platz in der internationalen Politik errungen", bringen zum Ausdruck, welche Aufnahme der Schritt der Reichsregierung in Bulgarien gefunden hat. Die Zeitung „Sarja" schreibt: „Bulgarien kann am besten ermessen, wie ungenügend die dem deutschen 67-Millionen-Volk zugestandene Wehrmacht von 100 000 Mann gewesen ist." In politischen Kreisen äußert man offen seine große Freude und Genugtuung über den Schritt der deutschen Regierung.

•

Amerikanische Blätterstimmen

Neuyork, 18. März. Die amerikanischen Montagsblätter beschäftigen sich seitenlang mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland. Während die „Neuyork Times" sich in ihren üblichen Angriffen auf Deutschland ergeht, und die Erklärung der Reichsregierung als rücksichtslose Ablehnung einer internationalen Verpflichtung bezeichnet, nimmt die Landespresse vielfach eine weit verständigere Haltung ein. So schreibt die in Washington viel gelesene „Baltimore Sun" u. a.: Schritt für Schritt und unter stets undurchsichtigeren Vorwänden vergrößerten die früheren Alliierten ihre bereits großen Kriegsrüstungen, um Deutschland in einen stählernen Ring einzuschließen. Die Alliierten und die übrige Welt haben eine Lage geschaffen, gegen die sich Deutschland schließlich erheben mußte.

In der „Kansa City Times" heißt es u. a.: Angesichts der langen Verzögerung der allgemeinen Abrüstung und Verständigung hatte Deutschlands mindestens einen moralischen, wenn nicht rechtlichen Grund, von der Rüstungsklausel des Versailler Vertrages befreit zu werden.

•

Japanische Stimmen

Tokio, 18. März. Die japanische Presse berichtet ausführlich über die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland. Eine amtliche Stellungnahme liegt noch nicht vor. Die Presse nimmt aber an, daß Japan als Unterzeichner des Versailler Diktates bereit sein wird, an einer Konferenz der Unterzeichnermächte teilzunehmen, falls dies gewünscht wird. Im übrigen betonen die Blätter, daß es sich um eine Angelegenheit handele, die Europa zunächst angehe, die Japan aber aufmerksam verfolgen werde. Bemerkenswert ist eine Stellungnahme der „Tokio Asahi Schimbu", die das Versailler Diktat und besonders die Haltung Frankreichs für die gegenwärtige Lage verantwortlich macht. Während man auf der einen Seite Deutschland die Teilnahme an internationalen Besprechungen zur Aufrechterhaltung des Friedens erlaubt habe, habe Frankreich im Hintergrund die Politik der Einkreisung Deutschlands weiter verfolgt. Diese Politik sei mit den Grundsätzen des Völkerbundes, den Frankreich als Grundlage für den europäischen Frieden betrachte, unvereinbar.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Gedenkrede des Reichswehrministers

bei der Heldengedenkfeier in der Berliner Staatsoper

Reichswehrminister von Blomberg führte am Sonntag in seiner Rede bei der Heldengedenkfeier in der Berliner Staatsoper u. a. aus:

Zum zweitenmal im neuen Reich gedenken wir an einem nationalen Feiertag der Toten des Weltkriegs. Die Wehrmacht ist nach dem Willen ihres Oberbefehlshabers die Trägerin der Feier. Aber indem wir Soldaten unsere gefallenen Väter und Brüder ehren, sind wir nichts anderes als die Vollstrecker des Willens und die Dolmetscher des Denkens und Fühlens der ganzen Nation. So erinnern wir uns der zwei Millionen toter deutscher Soldaten, die in allen Ländern und allen Meeren des Erdballs ruhen. So gedenken wir der um ein Vielfaches größeren Zahl der Verwundeten und besonders jener Kriegsopfer, die einen dauernden Schaden an Leib oder Geist davongetragen. So gilt unsere Anteilnahme jenen unzähligen Volksgenossen, die der würgenden Blockade erlagen. Die schwere Todesstunde, die viele Deutsche während des Krieges und auch nach dem Waffenstillstand in feindlicher Gefangenschaft erlitten, steht vor unserem geistigen Auge. In Ehrfurcht neigen wir uns vor dem unermeßlichen Leid, das die deutschen Frauen, die Mütter, Witwen und Waisen erduldeten. Wir schließen in unser Gedenken ein sowohl die große Armee der deutschen Soldaten, die in früheren Kriegen ihr Leben für das Vaterland gaben, als auch die Blutzeugen der nationalsozialistischen Bewegung, denen wir das neue Reich und auch die Hingebung des heutigen Tages als Heldengedenktag mit verdanken. Angesichts der Allgewalt des Todes ehrt der deutsche Frontkämpfer auch die gefallenen Soldaten aus dem Lager des Gegners.

So gab und so gibt für die deutsche Wehrmacht und für unser Volk keine Schuld am Weltkrieg und keine in diesem Krieg.

Mit blankem Schild sind wir in den Kampf gezogen, mit reiner Ehre gingen wir daraus hervor. Und wie der deutsche Soldat im Kriege nur seine Pflicht erfüllte, ohne den Haß zu kennen der den Gegner herabwürdigte, so bietet er auch heute dem einstigen Feind die Hand zur Versöhnung, die getragen sein muß von gegenseitiger Achtung und von der Anerkennung der Ehre und der natürlichen Lebensrechte jeder Nation.

Manchmal konnte es scheinen, als seien aller Heldenmut, alle Opferbereitschaft vergeblich gewesen. Unter den Folgen des Zusammenbruchs, der Wirtschaftsnot und der moralischen Zerrüttung drohten der Selbstbehauptungswille und die Kraft zur Erneuerung von Staat und Volk mehr als einmal zu ersticken. Ueberall aber regten sich gesunde Gegenkräfte, männliche Entschlossenheit und nüchterner Arbeitssinn, die einen starken und sauberen Staat, ein gleichgesinntes und ehrliebendes Volk erstrebten. Allein der innere Hader, Klassenkampf und Standesdünkel verhinderten immer wieder den Durchbruch zum neuen Deutschland. Hier ist aber die Wehrmacht zu nennen, die abgelöst von den politischen Wirren, eine Tätigkeit des Wirklichen treiben durfte, der es vergönnt war in unscheinbarer Arbeit die Grundmauern zu richten, auf denen ein geeinigter Baumeister dann bauen konnte. Denn dieser Mann kam. Er, der mit seiner Willenskraft und Gerstenschärfe der Zwietracht das verdiente Ende bereitete und das wieder gut machte, was ein ganzes Geschlecht verfehlt hatte. In dem Führer der revolutionären Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und in der Gestalt des Feldmarschalls von Hindenburg trafen sich symbolisch jene beiden Kraftströme, die im Fronterlebnis des Weltkrieges geboren, auf getrennten Wegen dem gemeinsamen Ziel zustrebten. Am 30. Januar 1933 mündete alles, was gut und stark war im alten Deutschland, in die mächtige Bewegung ein, die das neue Deutschland schuf. Die Tradition der alten preußisch-deutschen Wehrmacht, wohl behütet von der Reichswehr im Zweifrontenkampf gegen Versailles und das System von Weimar, verband sich mit dem stürmischen Erneuerungsdrang der Nationalsozialistischen Partei. Die Aufgabe, die das vergangene Jahrhundert gestellt und um die es vergeblich sich abgemüht hatte, wurde jetzt gelöst.

Es ist an dieser Stelle nicht nötig, den Kampf Adolf Hitlers und das Werden des neuen Staats zu schildern. Wohl aber können wir heute im Rückblick auf die Vergangenheit mit gutem Gewissen sagen: „Unsere Toten sind nicht umsonst gefallen, das Leid und die Opfer waren nicht vergebens!" Wir haben jetzt das einige Volk im geeinten Staat. Indem die Reichsregierung am gestrigen Tag das Gesetz über den Aufbau der deutschen Wehrmacht verkündete, mit dem die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt wird, ist die Grundlage für die Sicherheit des Reichs geschaffen. Für das innen- und außenpolitische Leben unseres Volkes aber ist die deutsche Wehrmacht im Begriff wieder das zu werden, was sie einst war und was sie sein muß: nach innen eine Schule der Nation für die Erziehung unserer Jugend im Geiste der Wehrhaftigkeit und opferbereiter Vaterlandsliebe, nach außen der völlig gleichberechtigte und gleichberechtigte Hüter und Wächter des Reichs.

Wenn heute auf Befehl des Führers und Reichskanzlers an den Fahnen und Standarten der alten Armee das Ehrenkreuz für Frontkämpfer angebracht wird, dann grüßt damit die junge Wehrmacht die toten und die lebenden Kameraden des alten deutschen Feldheers, auf tausend Schlachtfeldern, die Männer von Skagerrak, von Coronel und von der U-Bootwaffe, die Kampfgenossen von Richthofen, Bölcke und Immelmann. Die Wehrmacht dankt aus tiefstem Herzen ihrem Oberbefehlshaber für diese Ehrung der ruhmbedeckten Feldzeichen. In stolzer Trauer gedenkt sie und mit ihr das deutsche Volk in dieser Feierstunde des großen Soldaten, der diesen Fahnen auf den Schlachtfeldern von Königgrätz und St. Privat folgte, der im Weltkrieg unverwelklichen Lorbeer um sie flocht, der ihnen vor zwei Jahren mit dem neuen Staat eine neue würdige Heimat gab und der jetzt im Denkmal von Tannenberg inmitten seiner toten Soldaten ruht. Der Feldmarschall von Hindenburg ist heimgegangen. Noch leben viele seiner Kampfgenossen. Wir gedenken ihrer in Ehrfurcht und Dankbarkeit. Wir gedenken zumal des Mannes, der vom glorreichen Beginn bei Tannenberg an durch den heroischen Ablauf des Großen Kriegs hindurch an seiner Seite stand, des Mannes, dessen Kraft wie Atlas eine Welt auf seinen Schultern trug; wir neigen uns vor dem Feldherrn Ludendorff.

Wie rasch verflacht oft das Bewußtsein vom gewonnenen Großen, wie scharf ist manchmal der Blick für das noch nicht ganz Gelungene, wie sehr wächst aber auch die Erkenntnis, daß der Gehalt einer tragenden Idee stärker ist als das Unzulängliche im Menschen. Das Erkennen und Begreifen der Idee des Neuen Reichs, das allerpersönlichste Vertrauen zum Führer, dann aber auch zu sich selbst, zu ihrer Geschlossenheit und reinem Wollen, das sind die Grundpfeiler unserer Wehrmacht. Der Tod unserer Soldaten konnte das Alte nicht bewahren, aber wir wissen jetzt, daß auf den Schlachtfeldern eine Saat für ein neues Reich gelegt wurde. Eine Niederlage ist nichts Endgültiges, sie ist kein Schicksalsschlag, der zwangsläufig zum Niedergang führen oder den begonnenen Niedergang zu Ende führen muß. Wichtig ist nur, was ein Volk aus einer Niederlage macht. Wahr ist, und die Welt muß sich daran gewöhnen, daß Deutschland nicht an seiner Niederlage starb.

In allem unseren Tun, in allem Handeln und Dulden wollen wir nicht müde werden, um des Opfertodes unserer gefallenen Brüder würdig zu erweisen. Wir müssen im Leben die gleiche Hingabe und Vaterlandsliebe bewahren, die sie uns im Sterben bewiesen. Wir wollen in dieser Stunde abschwören dem Ungeiste des Eigennutzes, der Selbstsucht und der Ueberheblichkeit. Wir wollen uns bekennen zu den Idealen eines starken, wehrhaften und stolzen Deutschlands, das nie mehr kapituliert und nie mehr seine Unterschrift unter Verträge und Abmachungen setzen wird, die seine Ehre, seine Sicherheit und sein Lebensrecht beeinträchtigen. Wir wollen aber auch im Weltkrieg eine Katastrophe sehen, deren Wiederholung wir unserem und kommenden Geschlechtern ersparen müssen. Europa ist zu klein geworden als Schlachtfeld für einen zweiten Weltkrieg; zu wertvoll sind seine Kulturgüter, um sie aufs neue der zerstörenden Wirkung neuzeitlicher Waffen auszusetzen. Da alle Staaten über diese Kriegsmittel verfügen, käme ein neuer Krieg der Selbstzerfleischung gleich. Wir Deutschen brauchen keine Revanche, weil wir in den vier Jahren des Großen Kriegs Ruhm genug für kommende Jahrhunderte geerntet haben. Wir glauben an die Möglichkeit einer Neuordnung Europas und der Welt auf friedlichem Wege, sofern sie den natürlichen Lebensgesetzen der Nationen Rechnung trägt und nicht aus starrer Beharrung auf überholten Zwangsmaßnahmen ihr Unrecht ableitet. Wir wollen den Ausgleich und die Versöhnung unerträglicher Spannungen in einem Frieden, der allen Völkern gleiches Recht und gleiche Sicherheit bietet. So sehen wir in Klarheit und rückhaltlosem Vertrauen zu unserem Führer die Saat reifen, die unsere toten Helden ausstreuten und deren Erntetag uns geben wird: ein Reich der Einigkeit, der Stärke und der Ehre, ein Deutschland des Friedens in einem befriedeten Europa.

So deuten wir das Opfer der Gefallenen. Zu ihrem Gedächtnis wollen wir uns erheben und sie in Ehrfurcht und unauslöschlicher Dankbarkeit mit den alten ruhmbedeckten Fahnen grüßen.

Aufmarsch der alten SA.-Garde verschoben

Berlin, 18. März. Stabschef Lutze gibt, wie die NSK meldet, bekannt: Der für den 21./22. März angesetzte Aufmarsch der alten SA.-Garde in Berlin findet zunächst nicht statt. Da die Erkrankung des Führers noch nicht behoben ist, und er seinen ältesten SA.-Männern nicht die Enttäuschung bereiten wollte, daß sie aus dem ganzen Reich zusammenkämen, ohne ihn zu sehen und sprechen zu hören, wird der Tag der alten SA.-Garde auf einen gelegeneren Zeitpunkt verlegt.

Keine „Weißen Wochen"

Berlin, 18. März. Der Reichswirtschaftsminister hat, wie das NdZ. meldet, auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb eine Verordnung erlassen, wonach im Jahre 1935 Verkaufsveranstaltungen in der Art der sogenannten „Weißen Woche" nicht vorgenommen werden dürfen. Die Bezeichnung der Veranstaltung ist dabei unerheblich. Verboten sind demnach besondere Verkaufsveranstaltungen, in denen eine Zusammenstellung weißer Waren angeboten wird.

Abbruch der italienisch-abessinischen Verhandlungen

Genf, 18. März. Wie am Sonntag abend in Völkerbundskreisen verlautete, soll Abessinien von neuem in einer Note an den Generalsekretär des Völkerbundes gewandt haben. Darin soll es den Abbruch der Verhandlungen mit Italien mitteilen. Mit dieser Mitteilung soll Abessinien die Bitte verknüpfen, der Völkerbund möchte sich nunmehr erneut mit der Frage befassen.

Berlin am Dienstag verdunkelt

Berlin, 18. März. Das Reichsluftfahrtministerium teilt mit: Für Dienstag, den 19. März 1935, wird anläßlich der Verdunkelungsübung der Luftraum über dem Stadtgebiet Groß-Berlin für die Zeit von 22 bis 24 Uhr als Luftsperrgebiet erklärt. Das Ueberfliegen dieses Luftraumes ist daher verboten. Ausnahmen kann der Reichsminister der Luftfahrt erlassen. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Vor Beginn der am 19. März in Berlin stattfindenden Verdunkelungsübungen wird auf dem Flughafen Tempelhof eine Ju 52 starten. Mit Hilfe eines Kurzwellensenders tritt der in der Maschine sitzende Funkberichterstatter während des Fluges über der verdunkelten Großstadt mit fünf an verschiedenen Stellen Berlins befindlichen Bodenstationen und dann weiter mit der Zentralstelle im Funkhaus in Verbindung. Durch die sich ergebenden Wechselgespräche zwischen dem Sprecher im Flugzeug und den Funkberichterstattern der Bodenstationen erhalten die Rundfunkhörer, die überall in Deutschland an ihren Empfangsgeräten sitzen, einen lebendigen Eindruck von dem, was die Besatzung der Ju 52 während dieser Zeit erlebt. Der Zeitfunk des Deutschlandsenders übermittelt in Zusammenarbeit mit dem Reichssender Berlin diese interessanten Funkberichte, die auch auf die Reichssender Hamburg, Köln, Königsberg, München und Stuttgart übertragen werden, am 19. März in der Zeit von 21.50 Uhr bis 1 Uhr.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 19. März 1935.

Schwarzwaldbauern, hört euren Landesbauernführer! Am Mittwoch, den 20. März, abends 7.30 Uhr, findet in Nagold eine Großkundgebung statt, in der der stellv. Gauleiter Pg. Schmid und der Landesbauernführer Pg. Arnold zur Erzeugungsschlacht sprechen. Eine rege Beteiligung seitens der gesamten Bauernschaft ist selbstverständlich. Es ist beabsichtigt, Omnibusse für die Besucher von auswärts bereitzustellen. Dazu ist es notwendig, daß sich jeder Teilnehmer sofort bei dem zuständigen Hoheitsträger seiner Gemeinde anmeldet.

Rundfunkvortrag über Berufsberatung am 20. 3. 1935, von 18.15—18.30 Uhr: „Psychologische Eignungsbegutachtung bei der Berufsberatung". Berufsberater Dr. Dorsch, Stuttgart.

— **Keine Sondersteuer mehr für mitverdienende Ehefrauen.** Die bisherigen Bestimmungen über die Lohnsteuer für mitverdienende Ehefrauen haben, wie das NdZ. meldet, dazu geführt, daß die Eheleute in vielen Fällen weit höhere Beträge an Lohnsteuer zu entrichten hatten, als für den Ehemann in Frage gekommen wäre, wenn er ein Gehalt in Höhe seines Gehalts zuzüglich des Gehalts seiner Ehefrau bezogen hätte. Wenn zum Beispiel der Ehemann und die Ehefrau (drei Kinder) je ein Gehalt von 200 RM. bezogen, dann hatten sie nach der bisherigen Lohnsteuerregelung einen Steuerbetrag von zusammen 14.28 RM. zu bezahlen. Wenn jedoch der Ehemann allein ein Gehalt von 400 RM. erhielt, dann wäre als Lohnsteuer nur der Betrag von 11.44 RM. in Frage gekommen. Der Reichsfinanzminister hat nunmehr diese ungünstige steuerliche Lage für mitverdienende Ehefrauen beseitigt. Er hat durch Runderlaß angeordnet, daß in solchen Fällen von nun an die Eheleute beantragen können, daß die Lohnsteuer nur bei dem Ehemann erhoben wird, bei der Ehefrau nicht mehr. Zur Berechnung der Steuer ist dann dem Gehalt des Ehemannes das Gehalt der Ehefrau hinzuzurechnen. Das Finanzamt hat entsprechende Vermerke auf den beiden Steuerkarten einzutragen.

Egenhausen, 18. März. Gestern fand auch hier zu Ehren unserer gefallenen Helden eine würdige Gedenkfeier statt. Nach dem Gottesdienst, in dem in ergreifender und erhebender Weise des Opfertodes unserer Gefallenen gedacht wurde, sammelten sich Kriegerverein, Gesangverein, SA., HJ., BdM., Jungvolk, Schuljugend und Gemeinde um das Denkmal. In ernstem Schweigen wurde das Lied vom guten Kameraden, gespielt vom Posaunenchor, angehört. Nach einem Gedicht „Die ersten Toten" von Presber und dem Chor „Drunten in Flandern", das der Liederkranz sang, ergriff Hauptlehrer Heinold das Wort. In seiner Ansprache gedachte er der gewaltigen Leistungen unseres Heeres, der Flotte und der Flieger, und betonte den Opfergeist, der diese Heldentaten gebar. Dann sangen die Schüler „Kein schönrer Tod ist in der Welt". Namens des Kriegervereins und Gesangvereins legte Kamerad Blau einen Kranz nieder, ebenso Blockwart Wackenhut für die Partei. Für die Hitlerjugend brachte O. Rominger eine Kranzspende mit dem Gelöbnis, des Erbes würdig zu sein, worauf HJ. und BdM. einen Sprechchor sprachen: Nicht Sippe, nicht Reichtum etc. lebt, aber der Ruhm der Toten wird dauern. Im Anschluß sang der Liederkranz „Wir liebten uns wie Brüder". Nach der Heldengedenkfeier wurden die bis jetzt eingegangenen Ehrenkreuze verliehen. Die beiden Vaterlandshymnen beschlossen die Veranstaltung.

Freudenstadt, 19. März. (Brandfall.) In der letzten Nacht brannte das Café und Pension „Lauterbad" teilweise nieder. Die Frau, die mit der Bedienung allein im Hause war, wurde heute früh 3.15 Uhr durch die Entwicklung von Rauch in ihrem Schlafzimmer auf den Brand aufmerksam und weckte schnell die Bedienung. Die Bewohner des Hauses brachten sich dann durch das Fenster in Sicherheit und alarmierten die hies. Feuerwehr. Als diesem am Brandplatz erschien, stand das Gebäude schon in hellen Flammen. Es wurde schnell unter Wasser gesetzt und der Brand energisch bekämpft. Der Dachstock ist abgebrannt und auch das Gebäude selbst teilweise ausgebrannt. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Stuttgart, 18. März. (Aerztetagung.) Im Halbmondsaal des Landtages fand in Anwesenheit des Innenministers Dr. Schmid eine Tagung der württ. Aerzte statt, in der die wichtigsten der bei Anwendung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses bisher gemachten Erfahrungen in acht Referaten dargelegt wurden. Die Tagung wurde durch Oberlandesgerichtsrat Göz eröffnet. Im Mittelpunkt der Referate standen grundsätzliche Ausführungen von Ministerialrat Dr. Stähle.

Strümpfelbach, 19. März. (Vom Grabstein erschlagen.) Am Heldengedenktag unternahm eine Frau in Begleitung des sechsjährigen Kindes einer befreundeten Familie einen Gang zum Friedhof. Dabei besuchte sie auch das Grab des Urgroßvaters des Kleinen. Auf bis jetzt ungeklärte Weise stürzte plötzlich der Grabstein um und traf dabei das Kind so unglücklich, daß es nach kurzer Zeit verschied. Der schwergeprüften Familie, die auf so tragische Art ihr einziges Kind verlor, wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

Waiblingen, 18. März. (Tödlicher Unfall.) Auf einer am Hause des Buchdruckers Leyh aufgestellten Leiter war der jungverheiratete 32 Jahre alte Monteur Ernst Seybold vom Elektrizitätswerk Waiblingen mit dem Umstellen der elektrischen Leitung beschäftigt. Von der gegenüberliegenden Garage fuhr ein Personenauto rückwärts heraus und stieß an die Leiter, so daß Seybold herabgeschleudert wurde. Er fiel auf einen zementierten Gartenweg vor dem Haus und blieb bewußtlos liegen. In der Nacht ist er gestorben.

Bachenau, OA. Neckarsulm, 18. März. (Erstickt.) Der 35 Jahre alte ledige Otto Bolch war auf der Straße Obergriesheim-Gundelsheim mit Steineklopfen beschäftigt. Bolch, der Epileptiker ist, erlitt einen Anfall, stürzte aufs Gesicht und erstickte. Ein Forstgehilfe fand ihn tot auf.

Buch, OA. Aalen, 18. März. (Vom Bulldogg überfahren.) Nachmittags fuhr das Bulldoggfuhrwerk, mit Leitungsmasten der Rheinelektra beladen, durch die Ortschaft. Es saßen eine Anzahl Arbeiter darauf. Bei der Gastwirtschaft Mai wurde ein verheirateter Arbeiter vom Wagen geschleudert und fiel so unglücklich auf die Straße, daß ihm das Hinterrad über den Fuß hinwegging. In schwerverletztem Zustand wurde der Mann ins Krankenhaus überführt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Ergebnis des Eintopfsonntages in Berlin. Das Ergebnis der Sammlungen am Eintopfsonntag in Berlin beträgt 390 732 RM., das sind einige tausend RM. mehr als am Eintopfsonntag des Vormonats.

Venizelos auf der Reise nach Neapel. Venizelos hat sich in Begleitung seiner Frau und einiger Parteigänger in Rhodos an Bord des Dampfers „Kex" begeben, um nach Neapel zu reisen.

Stapellauf eines italienischen Kreuzers. In Genua ist der neue Kreuzer „Eugen von Savoyen" vom Stapel gelaufen. Das Schiff hat eine Wasserverdrängung von 7000 Tonnen, eine Bewaffnung von acht 15,2-Zentimeter-Kanonen und sechs Flugzeugabwehrgeschütze von 10 Zentimeter-Kaliber sowie sechs Torpedorohre. Die Motorkraft beträgt 110 000 PS. Die Geschwindigkeit des Schiffes wird mit 37 Meilen pro Stunde angegeben.

Apostolischer Nuntius in Riga gestorben. Der Doyen des diplomatischen Corps der apostolische Nuntius, Monsignore Zechini, ist am Montag an den Folgen einer Lungenentzündung im Alter von 70 Jahren gestorben.

Sandstürme in Amerika. Große Teil des mittleren Westens von Nordamerika und des Felsengebirges sind von Sandstürmen heimgesucht worden, die von solcher Furchtbarkeit waren, daß in vielen Gegenden die Sonne verdunkelt wurde. Die Schienenwege bedeckt eine mehr als 60 Zentimeter hohe Sanddecke. Eisenbahnzüge entgleisten. Bei Verkehrsunfällen wurden mehrere Personen getötet.

Handel und Verkehr

Bedarfsanmeldung von Schlachtvieh. Der Marktbeauftragte für den Stuttgarter Schlachtviehmarkt gibt bekannt, daß sämtliche Käufer von Vieh auf dem Stuttgarter Schlachtviehmarkt, gleichgültig, ob sie in Stuttgart wohnen oder nicht, ihren jeweiligen Bedarf an Schlachtvieh rechtzeitig anmelden müssen. Diejenigen Käufer, die ihren Bedarf nicht oder nicht rechtzeitig anmelden und trotzdem auf dem Stuttgarter Schlachtviehmarkt in der betreffenden Woche einkaufen, müssen ab 19. März 1935 Bußen entrichten, und zwar für jedes ohne rechtzeitige und vorschriftsmäßige Anmeldung gekaufte Stück Großvieh 6 RM., für jedes ohne rechtzeitige und vorschriftmäßige Anmeldung gekaufte Schwein oder Kalb 3 RM. Dieselben Bußen gelten für diejenigen Käufer, die ohne genügende Begründung nicht ihrer Anmeldung entsprechend einkaufen.

Märkte

Der Stuttgarter Pferdemarkt auf dem Cannstatter Wasen wird heuer wieder gemeinschaftlich mit dem Hundemarkt und einer Wagenausstellung am 8. und 9. April abgehalten. Mit dem Pferdemarkt verbunden ist die Prämiierung von Pferden. Für das Jahr 1936 ist zur 100jährigen Wiederkehr des Markts eine besondere Veranstaltung geplant.

Milchvieh- und Zuchtbullen-Auktion. Die am 27. und 28. März ds. Js. in Königsberg Pr. stattfindende Milchvieh- und Zuchtbullen-Auktion ist verbunden mit einer Ausstellung von Stammbullen und Leistungskühen. Zur Auktion kommen 144 ausgesuchte Bullen und 336 hochtragende Färsen und Kühe. Die Bullen sind sämtlich sprungfähig und stehen im Alter von 12 bis 20 Monaten. Die weiblichen Tiere sind hochtragend.

Getreide

Fruchtschranne Nagold vom 16. März 1935. Verkauft: 13,15 Ztr. Weizen. Preis pro Ztr. 10.40—10.50 ℳ; 3,00 Ztr. Gerste, Preis pro Ztr. 10.20—10.50 ℳ; 8,10 Ztr. Haber, Preis pro Ztr. 9.20—9.40 ℳ. Zufuhr stark. Handel lebhaft. — Nächster Fruchtmarkt am 23. März 1935.

Zwangsversteigerungen

Feldrennach, 15. März. (Zwangsversteigerung.) Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen versteigert werden am Dienstag, den 30. April 1935, vormittags 9.30 Uhr, auf dem Rathaus in Feldrennach die auf Markung Feldrennach und Pfinzweiler belegenen, auf den Namen des Otto Knöller, Schuhmachers in Pfinzweiler, eingetragenen Grundstücke, Aecker u. Wiese.

Konkurse

Georg Kreglinger, Alleininhaber der Firma Kreglinger u. Rühle, Spitzen-, Gardinen- und Wäschehaus in Stuttgart.

Letzte Nachrichten

Rede Bürckels am Mittwoch

Saarbrücken, 18. März. Am Mittwochabend spricht der Reichskommissar und Gauleiter Bürckel anläßlich der Neubildung der NSDAP. im Saarland in einer Kundgebung in der „Wartburg" Saarbrücken. Die Kundgebung wird auf die Sender Stuttgart und Frankfurt übertragen.

Kein Zwang zur Verwendung deutscher Baustoffe für steuerbefreite Kleinwohnungen und Eigenheime

Berlin, 18. März. Für neu errichtete Kleinwohnungen und Eigenheime besteht nach dem Gesetz vom 21. September 1933 und der Durchführungsverordnung vom 26. Okt. 1933 in dem dort bezeichneten Rahmen Steuerbefreiung bis zum Jahr 1938 bezw. 1943. Nach § 7 der Durchführungsverordnung war die Steuerbeschaffung bisher davon abhängig, daß nur deutsche Baustoffe verwendet werden. Diese Beschränkung ist jetzt dadurch entbehrlich geworden, daß einer unnötigen Einfuhr durch zoll- und devisenpolitische Maßnahmen vorgebeugt ist. Die Frage, welche Baustoffe bei der Errichtung des Neubaues verwendet worden sind, ist also künftig für die Steuerbefreiung ohne Bedeutung.

Kritik Graf Bethlens an der Außenpolitik der Regierung Gömbös

Budapest, 18. März. Der frühere Ministerpräsident Graf Bethlen, der seit der Auflösung des Parlaments offen in schärfster Gegnerschaft zur Regierung Gömbös getreten ist, hielt in Nagykanisza eine mit Spannung erwartete Wahlrede, in der er die schärfsten persönlichen Angriffe gegen den Ministerpräsidenten Gömbös richtete. Bethlen kritisierte hierbei scharf die Außenpolitik der Regierung Gömbös und verlangte, daß die ungarische Außenpolitik in der von ihm eingeschlagenen Richtung der engsten Freundschaft und Zusammenarbeit mit Italien weiter fortgeführt werde. Graf Bethlen warnte dann seine Anhängerschaft vor den Ideen des Nationalsozialismus und bekannte sich hierbei zu einem ausgesprochenen Gegner des nationalsozialistischen Ideengutes. Zum Schluß erklärte Graf Bethlen, daß er auch weiterhin der Hüter der Verfassung sein werde und die Regierung Gömbös nur so lange und nur so weit unterstützen werde, als dies mit seinen Auffassungen vereinbar sei.

Am Dienstag Kabinettssitzung in Washington

Washington, 18. März. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat bisher weder amtlich noch nichtamtlich zum deutschen Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht Stellung genommen. Staatssekretär Hull erklärte, er werde den ganzen Fragenkomplex erst sorgfältig studieren.

Bekanntmachungen der NSDAP.

Aus parteiamtlichen Bekanntmachungen

NSDAP. Amt für Erzieher

Die ursprünglich auf 13. ds. Mts. festgesetzte Kreistagung findet am Mittwoch, den 20. März d. J. im Festsaal des Lehrerseminars statt. Beginn 2 Uhr.

Tagesordnung: 1. „Stimmungsbilder" aus dem Jungborn (Zellenobmann Mährle); 2a. Junglehrerfragen (Bericht vom Jungborn); 2b. „Erziehung des Erziehers" im Jungborn (Junglehrer-Vertrauensmann Hans Müller); 3. Verabschiedung der wegziehenden Amtsgenossen.

Die Tagung wird von Junglehrern musikalisch umrahmt sein.

Kreisamtsleiter.

Gestorben

Althengstett: Emma Klink geb. Schwarz.
Calw: Josef Eichinger, Kaufmann, 29 J. a.

Wetter für Mittwoch

Die Wetterlage hat sich stark geändert. Ausschlaggebend ist ein Tiefdruckgebiet bei Irland und ein schwacher Hochdruck über Spanien. Unter diesen Umständen ist zeitweilig bedecktes und zu leichter Unbeständigkeit neigendes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag: W. Rieker'sche Buchdruckerei in Altensteig. Hauptschriftleitung: L. Lauk. Anzeigenleitung: Gust. Wohalla, Altensteig. D.-A. d. I. M.: 2100. Zzt. ist Preisliste Nr. 2 gültig.

Altensteig, den 19. März 1935.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten u. Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Friedrich Volz

nach langer Krankheit im Alter von 37 Jahren sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:
Familie Georg Volz
Straßenwart a. D.

Beerdigung Mittwoch nachmittag 2 Uhr auf dem alten Friedhof.

Fünfbronn, den 18. März 1935.

Todes-Anzeige

Verwandten und Bekannten mache ich die schmerzliche Mitteilung, daß meine liebe, treubesorgte Gattin, Schwester, Schwägerin und Tante

Sabine Großmann

geb. Schaible

am Montag mittag im 62. Lebensjahr unerwartet rasch in die ewige Heimat abgerufen wurde.

Um stille Teilnahme bittet:
Der trauernde Gatte **Johs. Großmann.**

Beerdigung Mittwoch nachmittag 1/2 2 Uhr.

Zumweiler, den 18. März 1935.

Todes-Anzeige.

Unser lieber Sohn und Bruder

Fritz

ist heute morgen im Alter von 22 Jahren im Kreiskrankenhaus Nagold nach längerem Leiden sanft entschlafen.

In tiefer Trauer:
Familie Kaiser-Seid.

Beerdigung Mittwoch nachmittag 2 Uhr.

Für die Kreisbauernschaft Schwarzwald-Nord findet am Mittwoch, den 20 Lenzing (März) 1935, abends 1/2 8 Uhr im „Löwensaal" in Nagold gemeinsam mit der Partei eine

große Kundgebung

statt. Es sprechen:

Innenminister Pg. J. Schmidt
Landesbauernführer Pg. Arnold.

Die Bauern und Landwirte erscheinen vollzählig zu dieser Kundgebung. Fahrgelegenheit ist vorhanden und beim Ortsgruppenleiter oder Stützpunktleiter, oder Ortsbauernführer zu erfahren.

Heil Hitler!
Kalmbach, Kreisbauernführer.

Bringe morgen von 10 bis 12 Uhr

billiges Gemüse

aller Art **Lächler.**

Obst- und Gemüse-Garten

im Helle zu verpachten.

Schriftliche Angebote unter „Obstgarten" vermittelt die Geschäftsstelle des Blattes.

Zur Konfirmation empfehle gutgepflegte

Weine

in bekannter Qualität

M. Schnierle, Altensteig.

Verkaufe einen

Einspänner-Kuhwagen

billig und eine

leichte Wiesen-Egge

Schmiedm. **Kühale, Beihingen.**

Ein geordnetes

Mädchen

das schon gedient hat, in christliches Haus nach Stuttgart **gesucht** auf 1. April.

Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Blattes.

Eosin-Roggen

trifft ein

C. Silber, Mühle
Altensteig

Konfirmations-Glückwunschkarten

empfiehlt die

Buchhandlung Lauk
Altensteig.

Zur Anfertigung von

Verlobungs-Karten
Hochzeits-Karten
Glückwunschkarten
Visitkarten

empfiehlt sich die

W. Rieker'sche Buchdruckerei
Altensteig

Heu, Oehmd und Stroh

sowie

Angersen u. Zuckerrüben

liefert frei Haus. Tausche auch gegen Scheiterholz.

Anfr. an **Adolf Leitz, Wart.**

Direkt aus Tuchstadt Gera:
Anzug- Mantel- Kostüm- **STOFFE**
blau, grau, schwarz und farbig reinwollenes Kammgarn à mtr. RM. 8.80, 10.80, 12.80, 15.80. Wir liefern porto- und verpackungsfrei! Verlangen Sie unverbindliche Mustersendung!

Geraer Textilfabrikation G. m. b. H. Gera A 27.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw